

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 7 – Änderung des Schulgesetzes

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
**Angelika Birk:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.gruene-landtag-sh.de](http://www.gruene-landtag-sh.de)

**Nr. 018.03 / 23.01.2003**

## Schulbezirke auflösen:

### Ein diskussionswürdiger Vorschlag

Meine Fraktion begrüßt eine Diskussion um die Auflösung der Schulbezirke. Wenn die Schulen autonom ein Schulprofil entwickeln und untereinander um die besten die Möglichkeiten konkurrieren, dann ist es nur konsequent, wenn die Eltern für ihre Kinder eine wirkliche Wahl treffen können. Dazu müssen die Schulbezirksgrenzen aufgehoben werden.

Zwar sollen Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung vor Ort gemeinsam konzipiert werden und darauf bauen, dass die Kinder und Jugendlichen auch dort zur Schule gehen und ihre Freizeit gestalten, wo sie wohnen. Die Kinder sind in ihrem Freizeitverhalten aber längst nicht mehr ortsgebunden.

Auch seitens der Behörden erfolgt leider immer noch die Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung selten aufeinander abgestimmt. Wir hoffen, dass dieses durch die vom Land unterstützten Initiativen zur Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule, sowie zur Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Schulen besser wird. Eine Aufhebung der Schulbezirke verlangt dann allerdings genaue zeitnahe Beobachtung und Planungsflexibilität.

Für die Wahl der weiterführenden Schulen gibt es ohnehin keine starren Einzugsbereiche mehr, insbesondere nicht für Gymnasien und Gesamtschulen. Jedoch auch im Grundschulbereich gibt es aufgrund der unterschiedlichen Betreuungsangebote schon heute viele berufstätige Eltern, die durchsetzen, dass ihr Kind dort zur Schule geht, wo sie es verlässlich länger betreut wissen. Für die wenigen Schulen in freier Trägerschaft können sowieso keine starren Schulbezirke gelten.

Die Gefahren: Soziale Segregation, sogar ethnische Segregation und die größeren Schwierigkeiten bei der Planbarkeit der Angebote sind uns ebenso bekannt, wie die Tatsache, dass es in dünn besiedelten Regionen sowieso nur jeweils eine Schule in erreichbarer Nähe gibt.

Trotzdem finden wir eine ernsthafte Prüfung, die Schulbezirke aufzulösen, hilfreich, um die bisherige Praxis kritisch zu durchleuchten und pragmatische Alternativszenarien zu entwerfen.

\*\*\*